



Niederschrift

**über die Sitzung des Kinder- und Jugendausschusses 10/2008-2013 am 06.07.2009
in Raum 1.22 des Rathauses**

Beginn: 19:00 Uhr

Ende: 22:20 Uhr

Anwesend:

Ausschussvorsitzende	Annette Marquis
Ausschussmitglied	Christiane Bohnert
”	Simone Brocks
”	Doris Dosdahl
”	Gudrun Hohn
”	Karin Honerlah
”	Dorothee Köster
”	Edda Lessing
”	Margitta Neumann
”	Roswitha Ramcke
stellv. Ausschussmitglied	Elisabeth. v. Bressensdorf (für AM G. Krambeer)
Ausschussmitglied	Silke Schmude - ohne Stimmrecht -
seitens der Gemeindeverwaltung	Anja Riemer Lars Möller Ulrike Riemenschneider Anne Horn Angela Klimpel als Protokollführerin
außerdem	Carsten Schäfer, Bürgervorsteher Finn Christopher Steffen, Kinder- u. Jugendvertretung
als Gäste zu TOP 4	Frau Hillebrenner, Realschule im Schulzentrum Frau Horsinka, Förderzentrum
als Gast zu TOP 5	Frau Lange, Sportverein SV H-U
als Gast zu TOP 9	Herr Lemke, Grundschule Ulzburg

Den Ausschussmitgliedern wurden mit Schreiben vom 30.06.2009 zwei Anträge aus der Sitzung des Stiftungsrates der Jugendstiftung vom 29.06.2009 übersandt. Der Stiftungsrat bittet um Entscheidung, ob diese Anträge aus Mitteln des Gemeindehaushalts bezuschusst werden können, da die Mittel der Jugendstiftung hierfür nicht ausreichen.

Die Ausschussvorsitzende schlägt vor, den Antrag des Alstergymnasiums als TOP 6 und den der Realschule im Schulzentrum als TOP 7 zu beraten. Die Ausschussmitglieder stimmen zu. Es ergibt sich somit die nachfolgende Tagesordnung.



Tagesordnung:

- 1. Fragezeit der Einwohnerinnen und Einwohner**
- 2. Einwendungen gegen die Niederschrift über die Sitzung des Kinder- und Jugendausschusses 09/2008-2013 am 25.05.2009**
- 3. Standortwahl und Vorschläge zur Gestaltung der Jugendtreffpunkte**
- 4. Namensgebung und Konzept Grund- und Gemeinschaftsschule Beckersberg**
- 5. Vereinbarung zwischen der Gemeinde Henstedt-Ulzburg und dem Sportverein Henstedt-Ulzburg - Beitragsfreiheit Kinder und Jugendliche bei sozialer Bedürftigkeit**
- 6. Antrag des Alstergymnasiums auf finanzielle Förderung der Wissenschaftswoche „Desy“**
- 7. Antrag der Realschule im Schulzentrum auf finanzielle Förderung des VHS-Kurses zum Erwerb eines europaweit anerkannten Englisch-Zertifikats**
- 8. Erweiterung bzw. Umbau der Stromversorgung und Lüftungsanlage in der Kindertageseinrichtung Kranichstraße - Aufhebung des Sperrvermerks**
- 9. Turnhalle der Grundschule Ulzburg - Anschaffung eines Bodenschutzes
- Antrag der WHU-Fraktion -**
- 10. Reduzierung des Verpflegungsgeldes in allen Kindertageseinrichtungen (Krippen, Kindergärten, Horte)
- Antrag der WHU-Fraktion -**
- 11. Aufwandsentschädigung für die Mitglieder der Kinder- und Jugendvertretung
- Antrag der WHU-Fraktion -**
- 12. Berichtswesen der Gemeinde**
 - a) Sonderbericht zum Verfahren nach § 8a SGB VIII**
 - b) Sonderbericht zum Volksbegehren für die Erhaltung der Realschule**
- 13. Unterrichtungen / Anfragen**
- 14. Fragezeit der Einwohnerinnen und Einwohner**

Zu Punkt 1 der Tagesordnung:

Fragezeit der Einwohnerinnen und Einwohner

Fragen der Einwohnerinnen und Einwohner werden nicht gestellt.

Zu Punkt 2 der Tagesordnung:

Einwendungen gegen die Niederschrift über die Sitzung des Kinder- und Jugendausschusses 09/2008-2013 am 25.05.2009



Frau Dosdahl vertritt die Auffassung, dass auf Seite 3, Absatz 2, im letzten Satz das Wort „können“ durch „müssen“ zu ersetzen ist. Die Niederschrift über die Sitzung des Kinder- und Jugendausschusses 09/2008-2013 am 25.05.2009 wird mit dieser Änderung genehmigt.

Zu Punkt 3 der Tagesordnung:

Standortwahl und Vorschläge zur Gestaltung der Jugendtreffpunkte

Frau Marquis berichtet, dass eine gemeinsame Ortsbesichtigung der von der Kinder- und Jugendvertretung vorgeschlagenen Treffpunkte stattfand. Frau Honerlah hält alle drei Standorte für geeignet. An allen Standorten ist die Entfernung zur Wohnbebauung ausreichend. Sie hält diese nicht für zu entlegen und weist darauf hin, dass die Kinder und Jugendlichen in entsprechendem Alter alle Handys dabei haben und meistens in Gruppen unterwegs sind. Die Vertreter des Kommunalen Rates (beide Polizisten) haben keine Bedenken erhoben und Frau Tachezy sieht am Standort im Bürgerpark keine Probleme für die HHG-Messe.

Frau Lessing ist mit dem Standort im Bürgerpark auch einverstanden. Sie sieht mögliche Probleme aber i.V.m. der geplanten Bebauung in der Nähe vom Standort Birkenau und möchte über diesen deshalb heute nicht entscheiden.

Frau Neumann stellt fest, dass der Standort Bürgerpark feststeht, nachdem keine Bedenken bzgl. der HHG-Messe bestehen. Eine mögliche Lärmbelästigung am Standort Birkenau kann sie schwer einschätzen und würde dieses gerne mit der Fraktion besprechen. Den Standort Im Forst empfindet sie als sehr abgelegen, könnte diesem aber trotzdem aufgrund der Argumente der Kinder- und Jugendvertretung, des Kommunalen Rates und der Polizei zustimmen.

Frau Brocks teilt die Meinung von Frau Neumann. Sie hätte als Mutter Bedenken, ihre Töchter zum dort geplanten Treffpunkt gehen zu lassen. Sie möchte hierüber noch nicht heute entscheiden.

Da es in der Vergangenheit zeitweise schon Bürgerinitiativen gegen den Bolzplatz Birkenau gegeben hat (Lärm + parkende Autos) spricht Frau von Bressensdorf sich gegen einen dortigen Treffpunkt aus.

Finn Christopher Steffen weist darauf hin, dass 10-12-jährige nicht die Zielgruppe der Kinder- und Jugendvertretung für dieses Projekt sind. Die Treffpunkte sind eher für ältere Jugendliche gedacht, die meistens in Gruppen im Ort unterwegs sind und sich irgendwo treffen wollen, um zu quatschen. Er meint, dass dieses im Regelfall keine große Lärmbelästigung darstellt.

Frau Marquis verweist auf die positiven Stellungnahmen (Jugend, Kommunalrat, Polizei) und rät dazu, alle drei Standorte zu beschließen. Den idealen Standort oder noch bessere Standorte, die von den Jugendlichen auch angenommen werden, wird es nicht geben. Auch Frau Köster und Frau Dosdahl argumentieren entsprechend. Den Jugendlichen sollen Freiräume geboten werden und es ist schwer, einen Kompromiss zwischen „zu weit abseits gelegen“ und „zu dicht an der Bebauung gelegen“ zu finden.



Frau Bohnert bittet Frau Horn um eine Stellungnahme zur Frage der Sicherheit am Standort Im Forst.

Diese spricht sich dafür aus, dem Votum der Jugendlichen und anderen Beteiligten zu vertrauen. Frau Bohnert bittet die Verwaltung zu prüfen, ob und wie eine Beleuchtung des Zugangs zum geplanten Treffpunkt Im Forst möglich wäre.

Alle Fraktionen stellen klar, dass die Entscheidung für drei Standorte feststeht. Für den Standort 1 „Bürgerpark“ wurde die Bereitstellung der Mittel i.H.v. 10.000 EUR im 2. Nachtragshaushalt bereits in der Sitzung am 25.05.2009 beschlossen. Aufgrund des Beschlusses vom 01.12.2008 soll die Verwaltung auch die Mittel für die beiden weiteren Treffpunkte im 2. Nachtragshaushalt vorsehen. Die Standortfrage soll endgültig in der September-Sitzung beschlossen werden.

Zu Punkt 4 der Tagesordnung:

Namensgebung und Konzept Grund- und Gemeinschaftsschule Beckersberg

Den Ausschussmitgliedern ist eine Beratungsvorlage zugegangen. Frau Hillebrenner, Leiterin der Realschule im Schulzentrum, erläutert die Namensauswahl „Olzeborchschule“. Die Abstimmung in der gemeinsamen Konferenz der Realschule und der Grund- und Hauptschule am Beckersberg war eindeutig. Auch wenn der Name zzt. noch nicht geläufig klingt, so wird er doch einen hohen Wiedererkennungswert haben.

Außerdem wird mit diesem Namen deutlich, dass die Grund- und Gemeinschaftsschule eine Schule für ganz Henstedt-Ulzburg ist. Obwohl die Schule geographisch dem Ortsteil Henstedt zuzuordnen ist, wird in der Bezeichnung „Olzeborchschule“ kein Widerspruch gesehen. Das Gymnasium trägt den Namen „Alstergymnasium“, obwohl die Alsterquelle in Henstedt-Rhen entspringt und nicht durch Henstedt oder Ulzburg fließt.

Frau Lessing, Frau Köster und Frau Neumann empfehlen, dem Namenswunsch der Schule zu entsprechen. Das Konzept wird ohne Fragen zur Kenntnis genommen.

Beschlussvorschlag: **Der Kinder- und Jugendausschuss beschließt, dass die Grund- und Gemeinschaftsschule am Standort der Schule am Beckersberg ab dem Schuljahr 2010/11 den Namen Olzeborchschule mit der gem. § 10 Schulgesetz vorgeschriebenen Bezeichnung Grund- und Gemeinschaftsschule Henstedt-Ulzburg tragen wird.**

Die Verwaltung wird gebeten, die Genehmigung zum Betrieb der Schule mit dem vorliegenden pädagogischen Konzept und dem Beschluss über die Namensgebung beim Bildungsministerium zu beantragen.

Beschlussfassung: **9 Stimmen dafür
2 Enthaltungen (Frau Brocks, Frau Hohn)**

Zu Punkt 5 der Tagesordnung:



Vereinbarung zwischen der Gemeinde Henstedt-Ulzburg und dem Sportverein Henstedt-Ulzburg - Beitragsfreiheit Kinder und Jugendliche bei sozialer Bedürftigkeit

Den Ausschussmitgliedern ist eine Beratungsvorlage zugegangen. Frau Neumann, Frau Lessing und Frau Dosdahl teilen mit, dass ihre Fraktionen dem Vorschlag zustimmen. Auf Nachfrage erläutert Frau Lange, dass es auf jeden Fall bis zum Jahresende einen SV Henstedt-Ulzburg geben wird. Sollte sich zum Beispiel der SVR gegen eine Verschmelzung der Vereine aussprechen, so würde diese aber zwischen dem FCU und MTV zustande kommen.

Beschlussvorschlag: **Der Kinder- und Jugendausschuss beauftragt die Verwaltung, die Vereinbarung über die Beteiligung der Gemeinde Henstedt-Ulzburg an den Mitgliedsbeiträgen für besondere soziale Fälle bei Kindern und Jugendlichen in der vorliegenden Entwurfsfassung mit dem SV Henstedt-Ulzburg zu schließen. Die Verwaltung wird sich mit den anderen örtlichen Sportvereinen in Verbindung setzen und die Schließung entsprechender Vereinbarungen anbieten.**

Die Haushaltsmittel sind im Rahmen der Haushaltsplanung 2010 bereit zu stellen.

Beschlussfassung: **Einstimmig.**

Zu Punkt 6 der Tagesordnung:

Antrag des Alstergymnasiums auf finanzielle Förderung der Wissenschaftswoche „Desy“

Frau Marquis berichtet kurz aus der Sitzung der Jugendstiftung vom 29.06.2009 und teilt mit, dass Herr Götttsche, der für das Projekt „Desy“ verantwortliche Lehrer, sich für die heutige Sitzung bei ihr entschuldigt hat.

Frau Honerlah hält die Wissenschaftswoche für wichtig. Sie meint, dass man für die Busfahrt auf öffentliche Verkehrsmittel (Autokraft) zurückgreifen sollte. Auch die Aufwandsentschädigungen sollten überprüft werden. Wenn der Antrag um 2.000 EUR auf 2.500 EUR reduziert wird, würde die WHU-Fraktion zustimmen.

Frau Lessing teilt mit, dass die SPD-Fraktion grundsätzlich auch begabte Schülerinnen und Schüler fördern möchte. Die Aufwandsentschädigung für die Lehrkraft muss ihrer Meinung nach über die Steuererklärung geltend gemacht werden. Auch sie hält die Kosten i.H.v. 1.500 EUR für den Bustransfer für zu teuer, die Durchführung der Wissenschaftswoche nur in Hamburg für ausreichend und kündigt eine Zustimmung für einen Zuschussbetrag i.H.v. 2.000 EUR an.

Auch die CDU-Fraktion spricht sich laut Frau Neumann grundsätzlich für eine Förderung des Projektes aus. Die Verhältnismäßigkeit muss allerdings gewahrt bleiben.

Frau Marquis lässt zunächst über den Antrag auf Förderung i.H.v. 2.500 EUR abstimmen.



Der Antrag der WHU-Fraktion:

Der Kinder- und Jugendausschuss beschließt, die Wissenschaftswoche „Desy“ des Alstergymnasiums im Jahr 2009 mit 2.500 EUR zu fördern.

Die erforderlichen Mittel sind im 2. Nachtragshaushalt bereit zu stellen.

wird mit 7 Stimmen dagegen (SPD- und CDU-Fraktion)

bei 4 Stimmen dafür (WHU-Fraktion)

abgelehnt.

Frau Marquis lässt anschließend über den Antrag auf Förderung i.H.v. 2.000 EUR abstimmen.

Der Antrag der SPD-Fraktion:

Der Kinder- und Jugendausschuss beschließt, die Wissenschaftswoche „Desy“ des Alstergymnasiums im Jahr 2009 mit 2.000 EUR zu fördern.

Die erforderlichen Mittel sind im 2. Nachtragshaushalt bereit zu stellen.

wird einstimmig

angenommen.

Zu Punkt 7 der Tagesordnung:

Antrag der Realschule im Schulzentrum auf finanzielle Förderung des VHS-Kurses zum Erwerb eines europaweit anerkannten Englisch-Zertifikats

Frau Marquis berichtet auch hierzu kurz aus der Sitzung der Jugendstiftung vom 29.06.2009 und bittet dann Frau Hillebrenner, Leiterin der Realschule im Schulzentrum, um ergänzende Erläuterungen.

Diese führt aus, dass das Englisch-Zertifikat für insgesamt 26 Schülerinnen und Schüler vorgesehen ist. Die Gesamtkosten von 3.664 EUR werden durch Eigenbeteiligungen i.H.v. 50 EUR je Teilnehmer (1.300 EUR gesamt) und einen Zuschuss der Raiffeisenbank i.H.v. 500 EUR bereits auf 1.864 EUR reduziert.

Inzwischen gibt es weitere Förderungszusagen der Bürgerstiftung i.H.v. 500 EUR und des Fördervereins der Schule i.H.v. 364 EUR, so dass von der Gemeinde nur noch 1.000 EUR beantragt werden.

Alle Fraktionen begrüßen das besondere Engagement von Frau Hillebrenner, die erforderlichen Mittel zu reduzieren und sprechen sich einvernehmlich für eine Förderung des Projektes aus.



Beschlussvorschlag: **Der Kinder- und Jugendausschuss beschließt, den Englischkurs zum Erwerb eines europaweit anerkannten Zertifikats für insgesamt 26 Schülerinnen und Schüler der 10. Klassen der Realschule im Schulzentrum im Jahr 2009 mit 1.000 EUR zu fördern. Die erforderlichen Mittel sind im 2. Nachtragshaushalt bereit zu stellen.**

Beschlussfassung: **Einstimmig.**

Zu Punkt 8 der Tagesordnung:

Erweiterung bzw. Umbau der Stromversorgung und Lüftungsanlage in der Kindertageseinrichtung Kranichstraße - Aufhebung des Sperrvermerks

Frau Dosdahl stellt fest, dass nach § 9 Abs. 3 Satz 3 der Landesverordnung über die Aufstellung und Ausführung des Haushaltsplanes der Gemeinden (Gemeindehaushaltsverordnung - GemHVO -) nur die Gemeindevertretung über die Aufhebung eines Sperrvermerks entscheiden kann.

Die Verwaltung weist darauf hin, dass die Gemeindevertretung die Angelegenheit zur Entscheidung an den Fachausschuss verwiesen hat.

Frau Riemer fasst noch einmal den bisherigen Sachstand zusammen. Nachdem die Zahl der in der Küche Kranichstraße zuzubereitenden Essen im Herbst 2008 erheblich gestiegen ist, wurde von der Verwaltung die Anschaffung eines Konvektomaten (= Heißluft- / Wärmeofen, Kombidämpfer, Dampfgarer) im Nachtragshaushalt angemeldet, da die Küche sich am Rand der Kapazitätsgrenze befand bzw. diese zeitweise bereits überschritten war. Die Mittel wurden bereit gestellt und der Auftrag zur Anschaffung des Gerätes erteilt.

Erst später wurde klar, dass die Stromversorgung für dieses Gerät und die weiterhin für die hohen Essenszahlen geplante Kippbratpfanne (Mittel angemeldet im Haushalt 2009 - noch kein Auftrag erteilt) nicht ausreicht. Kostenschätzungen für den Ausbau der Stromversorgung wurden eingeholt. Da es sich dabei um eine größere Baumaßnahme handelt, wurde nun auch der schon länger erforderliche Aus- bzw. Umbau der Lüftungsanlage vorgesehen. Die Mittel dafür wurden im 1. Nachtragshaushalt 2009 angemeldet. Die Kostenermittlung vom 05.12.2008 wurde der letzten Niederschrift (25.05.2009) beigelegt.

Die (durch einen langfristigen Personalausfall bedingte) vorübergehende Einführung einer Fremdverpflegung für die Kindergärten Beckersberg I und II, Schulstraße und Ulzburg-Süd führte dazu, dass seit Ende Mai (voraussichtlich bis Ende Oktober) die Mahlzeiten für die Kindertageseinrichtung Theodor-Storm-Straße in der Küche des Kindergartens Beckersberg II zubereitet werden können. Dies hat die Küche Kranichstraße erheblich entlastet.

Somit ist seit Mai 2009 der neue Konvektomat für die Kranichstraße nicht mehr zwingend und die Kippbratpfanne noch heutigem Stand bei gleichbleibenden Essenszahlen ebenfalls nicht erforderlich. Aus diesem Grund kam die Diskussion auf, ob die geplante Änderung des Stromanschlusses überhaupt noch und in diesem Umfang erforderlich ist.



Die Lüftungsanlage wurde in den letzten Jahren bei der Überprüfung der Küche mehrfach beanstandet. Sie muss in jedem Fall (unabhängig von den Essenszahlen) aus- bzw. umgebaut werden. Auch hierfür ist eine Änderung des Stromanschlusses erforderlich. Die o.g. Kostenermittlung wurde - unter der Voraussetzung, dass keine zusätzlichen Geräte für die Küche angeschafft werden - überarbeitet. Die aktualisierte Fassung vom 06.07.2009 wird verteilt.

Sie weist nun einen Gesamtbetrag von 54.100 EUR anstatt vorher 59.600 EUR aus. Der Betrag reduziert sich u.a. um 3.000 EUR, da nunmehr von einer Stromleistung von 100 - 150 Ampere (A) statt zuvor 100 - 200 A ausgegangen wird.

Frau Riemer weist darauf hin, dass das von der Verwaltung in Aussicht gestellte Verpflegungskonzept für die Kindertageseinrichtungen unter Einbeziehung der Ganztagschulen am Ort einige Zeit in Anspruch nehmen wird.

Ob der möglicherweise erforderliche Ersatz von vorhandenen Geräten eine Auswirkung auf die Stromversorgung (andere Arbeitsweise neuer Geräte) haben könnte, kann zzt. nicht beantwortet werden.

Frau Neumann hält den vollständigen Ausbau der Stromversorgung („Starkstromanschluss“) für sinnvoll, um die Lüftung aus-/umbauen zu können und ggf. die Anschaffung neuer Geräte zu ermöglichen.

Auch Frau Lessing meint, dass der neue Stromanschluss erforderlich ist. Sie weist darauf hin, dass auch im Gutachten für die Küchen ein Hinweis auf den empfohlenen Küchenausbau enthalten ist. Die Angelegenheit sollte erledigt werden, so dass bei Bedarf die erforderlichen Geräte angeschafft werden können.

Frau Köster meint, dass bei der neuen Planung auch ein Starkstromanschluss hergestellt wird, allerdings günstiger und mit weniger Spannung. Ein Aufschalten, d.h. eine Erhöhung der Netzspannung ist ihres Erachtens dann später noch möglich. Sie berichtet, dass sie sich gemeinsam mit Frau Doslahl und Frau Honerlah sowie der Leiterin der Einrichtung, der Köchin und einem Vertreter des Fachbereichs 4 die Küche angesehen hat. Sie meint, dass keine neue Zu- und Abluftanlage erforderlich ist, sondern dass eine reine Zuluftanlage ausreichen müsste. Sie erwartet hierzu noch eine Rückmeldung vom Fachbereich 4.

Weiterhin stellt sie fest, dass in gemeindeeigenen Küchen hergestelltes Essen höher subventioniert wird, als das aus der Fremdverpflegung. Unter Berücksichtigung sinkender Schüler- und Kinderzahlen sollte hier nicht zu viel investiert werden.

Frau Doslahl berichtet vom Ortstermin, dass die Küche Kranichstraße locker 100 Essen pro Tag kochen kann und unter heutigen Bedingungen auch bis zu 120 Essen zubereiten könnte. Das reicht für die Kindertageseinrichtungen Kranichstraße, Wald und Moorweg (wie zzt.). Der neue Stromanschluss ist ihrer Meinung nach erforderlich. Bzgl. der Lüftungsanlage verweist auch sie auf die erwartete Rückmeldung vom Fachbereich 4.

Frau Honerlah schließt sich diesen Ausführungen an. Stromanschluss und Lüftungsanlage müssen aus- / umgebaut werden. Der Höhe der jetzt vorgelegten Kosten wird nur zugestimmt, wenn das Bauamt feststellt, dass keine günstigere Lösung möglich ist.



Frau Lessing meint, dass sich der Umwelt- und Planungsausschuss mit derart technischen und baulichen Fragen befassen muss. Sie ist verärgert darüber, dass ein Mitarbeiter der Verwaltung mit nur einer Fraktion fachliche Details besprochen hat und somit völlig unterschiedliche Informationen für die Beratung vorliegen. Sie beanstandet dieses Vorgehen und fordert einheitliche Informationen von der Verwaltung. Sie hält es für erforderlich, diese neuen Erkenntnisse zunächst fraktionsintern zu beraten.

Frau Riemeier hält fest, dass es sich bei der Besichtigung der Küche durch die WHU-Fraktion nicht um einen von der Verwaltung vorgeschlagenen oder vereinbarten Termin handelte. Diese hat sich über die Verwaltung in der Küche zur Besichtigung angemeldet. Die anschließend erstellte Neuberechnung der Kosten ist vom heutigen Tage und wurde allen Ausschussmitgliedern gleichzeitig und unverzüglich vorgelegt.

Frau Brocks meint, dass es nicht richtig wäre, auf einen Starkstromanschluss zu verzichten. Sie hält aber zunächst die Vorlage des Verpflegungskonzeptes für erforderlich. Ihres Erachtens ist der Kinder- und Jugendausschuss nicht für die Aufhebung des Sperrvermerks zuständig. Sie ist irritiert darüber, dass die Kippbratpfanne nun doch nicht erforderlich sein soll.

Frau Ramcke bittet um Klarstellung, ob ein Schwach- oder Starkstromanschluss hergestellt werden soll und ob für beide Kostenaufstellungen die Einrichtung eines Starkstromanschlusses zugrunde gelegt worden ist. Dann sollte der Unterschied zwischen beiden Anschlüssen erläutert werden.

Frau Lessing stellt nochmals fest, dass diese Fragen und damit die Entscheidung über die Freigabe der Mittel vom Umwelt- und Planungsausschuss getroffen werden sollte. Herr Süme vertritt ebenfalls diese Auffassung. Er weist darauf hin, dass die nächste Sitzung am 13.07.2009 stattfindet und das Thema dort per Tischvorlage auf die Tagesordnung gesetzt werden könnte. Alle Ausschussmitglieder können ihre Fraktionen bereits informieren. Frau Marquis lässt über diesen Vorschlag abstimmen.

Beschlussvorschlag: Der Kinder- und Jugendausschuss bittet den Umwelt- und Planungsausschuss in der nächsten Sitzung am 13.07.2009 über die erforderliche Stromversorgung und den Aus- / Umbau der Lüftungsanlage (ggf. nur Zuluftanlage) für die Küche Kranichstraße zu entscheiden und über die Aufhebung des Sperrvermerks zu beraten.

Die Küche Kranichstraße soll zunächst - bis zur Vorlage des Verpflegungskonzeptes - nur für die Einrichtungen Kranichstraße, Wald und Moorweg kochen, so dass zzt. keine neuen Küchengeräte (z.B. Konvektomat u. Kippbratpfanne) anzuschaffen sind.

Die Verwaltung wird beauftragt, möglichst eine Rückabwicklung des Auftrages für die Anschaffung des Konvektomaten zu veranlassen.

Beschlussfassung: Einstimmig.

Zu Punkt 9 der Tagesordnung:



Turnhalle der Grundschule Ulzburg - Anschaffung eines Bodenschutzes - Antrag der WHU-Fraktion -

Der Antrag zu diesem Tagesordnungspunkt wird von Frau Köster erläutert. Sie erklärt, wie es zu der Formulierung „aufgrund eines Ausschreibungsfehlers“ in der Begründung gekommen ist und räumt ein, dass diese nicht korrekt ist.

Sie berichtet weiter aus ihrer früheren Tätigkeit als Schulleiternbeiratsmitglied der Grundschule Ulzburg und führt aus, dass aus Sicht der Schule und der Elternvertreter die Anschaffung eines Schutzbelages erforderlich ist, um die Nutzung der großen Turnhalle als Mehrzweckhalle zu ermöglichen.

Insbesondere im Hinblick auf die bevorstehende Einschulungsfeier am 03.09.2009 ist festzuhalten, dass die von der Verwaltung vorgeschlagene (siehe Sitzung vom 03.03.2009, TOP 4e) Nutzung der kleinen Turnhalle nicht in Betracht kommt, da diese zu klein ist. Dort könnte jedes Kind nur 1 - 2 Elternteile mitbringen. Dieses wurde mit der Feuerwehr geklärt, die Sicherheitsbedenken wegen fehlender Fluchtwege geltend macht.

Anschließend führt Herr Lemke, stellvertretender Schulleiter der Grundschule aus, was aus Sicht der Schule erforderlich ist und bisher veranlasst wurde. Er stellt fest, dass jede Sporthalle für die Nutzung als Mehrzweck- / Veranstaltungsraum eine Schutzschicht benötigt. Am 03.09.2009 sollen 64 Kinder eingeschult werden. Bei den Einschulungsveranstaltungen sind meistens beide Elternteile, häufig auch Großeltern und andere Familienangehörige anwesend, so dass sicher mehr als 200 Personen zzgl. des Schulpersonals und der Schülerinnen und Schüler, die an der Gestaltung der Feier beteiligt sind, anwesend sein werden.

Nach seinen Berechnungen würden in der kleinen Halle (288 m²) abzüglich Bühne (30 m²) und anderer erforderlicher Nebenflächen nur 117 m² für die Besucher (höchstens 234 Personen) verbleiben. In der großen Halle (405 m²) würden 199,8 m² (ausreichend für 400 Personen) zur Verfügung stehen.

Eine Aufteilung auf einzelne Einschulungsveranstaltungen für die verschiedenen Klassen ist nicht mehr möglich. Die Einladungen wurden bereits versandt und um 11:00 Uhr findet der Einschulungsgottesdienst in der Kirche statt, so dass vorher nicht genug Zeit für mehrere Einschulungsfeiern wäre.

Die Schule hat sich selbst um Angebote für einen Fußbodenbelag gekümmert. Favorisiert wird ein Plattenbelag (10 mm), der im Klicksystem einfach verlegt werden kann. Dies könnte seiner Auffassung nach vom Baubetriebshof erledigt werden. Auch die Lagerung wäre gut möglich. Das System bietet die Flexibilität, den Boden auch nur in Teilen der Halle oder bei Bedarf auch in der kleinen Halle zu verlegen.

Für die Anschaffung entstehen einmalige Kosten in Höhe von 9.566,10 EUR. Die Schule und der Schulverein wollen 5.000 EUR beitragen, so dass von der Gemeinde ein Zuschuss in Höhe von 4.566,10 EUR beantragt wird. Ergänzend führt er aus, dass der Schulverein bereit wäre, diesen Betrag vorzufinanzieren. Die Gemeinde könnte ihren Anteil z.B. in zwei Raten zahlen.

Frau Lessing weist darauf hin, dass die Mitglieder des Kinder- und Jugendausschusses in der Schule waren und die Probleme mit der Hallennutzung dort nicht erwähnt wurden. Sie möchte deshalb wissen, seit wann diese bekannt sind. Außerdem stellt sie fest, dass



die Gemeinde als Schulträger die Finanzierungspflicht hat und sie es deshalb nicht für richtig hält, wenn Eltern Baukosten finanzieren. Sie fordert eine konkrete Vorlage mit Auflistung aller Anschaffungs- und Folgekosten.

Herr Lemke erklärt, dass er als Vertreter der Schulleiterin erst seit Mai 2009 mit dem Thema befasst ist. Da der Hallenboden erneuert wurde, ist die Schule davon ausgegangen, dass die Nutzung der Halle möglich ist.

Die Probleme sind erst in Verbindung mit der Veranstaltung des Kinderfestes bekannt geworden. Alle Besucher mussten die Schuhe ausziehen, um die Halle zu betreten.

Frau Brocks fragt nach dem Größenunterschied zum bisher für die Einschulungen genutzten Forum im Hofbau. Herr Lemke antwortet, dass ihm die Fläche des Forums nicht bekannt ist. Er weist darauf hin, dass aber auch schon dort bei den Einschulungen kaum Platz für alle Gäste war.

Auf Nachfrage von Frau Brocks teilt die Verwaltung mit, dass eine nochmalige Nutzung des Forums in diesem Jahr für die Einschulung aufgrund der bisherigen und dann noch laufenden Bauarbeiten nicht in Betracht gezogen werden kann. Aufgrund fehlender fachtechnischer Kenntnisse sieht Frau Brocks sich nicht in der Lage über die Nutzung der großen Turnhalle zu entscheiden.

Frau Köster stellt fest, dass das bisher für Veranstaltungen genutzte Forum im Hofbau bessere Fluchtwege hat und aus Sicherheitsgründen eine Nutzung der großen Sporthalle auf jeden Fall vorzuziehen ist.

Frau Honerlah berichtet, dass sie mit Bürgermeistern aus dem Kreis Segeberg gesprochen und erfahren hat, dass es an anderen Schulen ähnliche Probleme gibt und deshalb die von Herrn Lemke vorgestellten Bodenplatten schon in vielen Gemeinden vorhanden sind, so z.B. auch in Alveslohe. Die unproblematische Lagerung und Handhabung wurde ihr bestätigt. Frau Honerlah meint, dass man diese Bodenplatten bei Bedarf auch für die kleine Sporthalle der Schule am Beckersberg verleihen könnte.

Frau Neumann regt daraufhin an, für die Einschulung zunächst Bodenplatten auszuleihen und dann in Ruhe zu klären, wie die Sporthalle nutzbar gemacht werden kann.

Die Frage von Frau Köster, ob eine einmalige Nutzung der großen Halle ohne Bodenschutz für die Einschulung in diesem Jahr möglich wäre, kann nicht beantwortet und entschieden werden.

Herr Süme regt an, dem Umwelt- und Planungsausschuss am 13.07.2009 die fachliche Entscheidung zu überlassen, ob eine einmalige Nutzung ohne Bodenschutz (Thema: Gewährleistung) möglich ist und ob Bodenplatten geliehen oder kurzfristig ein Bodenschutz angeschafft werden soll.

Frau Marquis stellt abschließend fest, dass der Kinder- und Jugendausschuss sich nicht in der Lage sieht, eine Entscheidung darüber zu treffen, ob und wie die große Turnhalle der Grundschule für die Einschulungsfeier 2009 und zukünftige Veranstaltungen genutzt werden kann bzw. welche baulichen Maßnahmen dafür erforderlich sind. Sie lässt darüber abstimmen, ob der Antrag zur Entscheidung an den Umwelt- und Planungsausschuss weitergeleitet werden soll.



Beschlussvorschlag: Der Kinder- und Jugendausschuss bittet den Umwelt- und Planungsausschuss, in der Sitzung am 13.07.2009 über die erforderlichen Maßnahmen zur Nutzung der großen Turnhalle der Grundschule als Mehrzweckhalle für die Einschulungsveranstaltung 2009 und zukünftige Schulveranstaltungen zu beraten.

Beschlussfassung: Einstimmig.

Zu Punkt 10 der Tagesordnung:

Reduzierung des Verpflegungsgeldes in allen Kindertageseinrichtungen (Krippen, Kindergärten, Horte)

- Antrag der WHU-Fraktion -

Frau Dosdahl erläutert den Antrag, der bereits in der Sitzung am 25.05.2009 behandelt wurde. Sie verweist auf die Vorlage vom 10.03.2009 zur Beratung über die Neufassung der Kindertageseinrichtungensatzung. Darin ist ausgeführt, dass die Gemeinde von September 2007 bis August 2008 rd. 176.000 EUR für die Gebührenermäßigung im letzten Kindergartenjahr (50%) aufgewendet hat. Für die neue Regelung ab 01.08.2009 (Gebührenfreiheit für alle Kinder im letzten Jahr vor dem Schuleintritt (Land S-H bis 5 Stunden) auch für alle Kinder, die mehr als 5 Stunden betreut werden) sind ca. 40.000 - 42.000 EUR pro Jahr aufzuwenden. Frau Dosdahl sieht die Möglichkeit, die hier eingesparten Mittel an anderer Stelle, z.B. bei den Verpflegungskosten zu investieren.

Frau Brocks meint, dass die Gemeinde kein Geld zur Verfügung hat, um die Verpflegung stärker zu subventionieren.

Frau Neumann bestätigt, dass es schön wäre, wenn die Verpflegungsgelder für alle Kinder einheitlich wären. Sie möchte für eine Entscheidung aber das Verpflegungskonzept abwarten.

Frau Bohnert schließt sich dieser Auffassung an. Sie sieht das Risiko, dass die Verpflegungsgelder bei weiterhin schlechter Haushaltslage in den nächsten Jahren wieder erhöht werden müssen.

Frau Honerlah hält fest, dass die WHU-Fraktion die Mittagsverpflegung für alle Eltern bezahlbar machen möchte. Sie bittet darum, den Antrag zur Abstimmung zu stellen.

Der Antrag der WHU-Fraktion:

Der Kinder- und Jugendausschuss beschließt, das Verpflegungsgeld für ein Mittagessen in allen gemeindlichen Kindertageseinrichtungen ab dem 01.09.2009 auf 2,50 EUR zu reduzieren.

wird mit 7 Stimmen dagegen (SPD- und CDU-Fraktion)

bei 4 Stimmen dafür (WHU-Fraktion)

abgelehnt.



Zu Punkt 11 der Tagesordnung:
Aufwandsentschädigung für die Mitglieder der Kinder- und Jugendvertretung
- Antrag der WHU-Fraktion -

Frau Köster stellt den Antrag der WHU-Fraktion vor. Sie stellt fest, dass die Kinder- und Jugendvertretung sehr engagiert ist. Die Arbeit sollte gewürdigt und anerkannt werden. Die konkrete Änderung der Satzung könnte vom Hauptausschuss beraten werden.

Herr Köhlmann-Thater weist darauf hin, dass sich die Entschädigungssatzung auf „Bürgerinnen und Bürger“ bezieht. Nach § 6 der Gemeindeordnung (GO) sind Bürgerinnen und Bürger der Gemeinde die zur Gemeindevertretung wahlberechtigten Einwohnerinnen und Einwohner. Somit wären einige Mitglieder der Kinder- und Jugendvertretung aufgrund ihres Alters nicht davon erfasst. Außerdem verweist er auf die Sonderstellung der Kinder- und Jugendvertretung nach § 47 f GO. Er meint, man sollte für die Kinder- und Jugendvertretung eine gesonderte Regelung treffen.

Frau Brocks weist darauf hin, dass es im politischen Bereich schon lange Jugendarbeit gibt, die auch unentgeltlich geleistet wird. Spaß und Freude an der Politik bzw. der Mitwirkung an den Entscheidungen für die Gemeinde sollten im Vordergrund stehen. Auch andere, wie z.B. die Mitglieder der Jugendstiftung und des Seniorenbeirates erhalten keine Aufwandsentschädigung.

Frau Köster meint, dass die Arbeit der Kinder- und Jugendvertretung nicht mit Parteiarbeit vergleichbar ist. Auf Nachfrage von Frau Hohn ergänzt sie, dass der Antrag sich auf die eigenen Sitzungen der Kinder- und Jugendvertretung sowie die notwendige Teilnahme an Sitzungen der Ausschüsse (wie z.B. heute) und der Gemeindevertretung bezieht.

Herr Süme hält es für erforderlich, die Gemeindevertretung und die Jugend enger zusammen zu führen. Die Kinder- und Jugendvertretung leistet schon sehr gute Arbeit. Darüber hinaus sind aber gemeinsame Aktivitäten erforderlich, um zukünftig auch die Wahlbeteiligung bzw. das Interesse der Jugendlichen, sich zur Wahl zu stellen, zu erhöhen.

Frau von Bressensdorf stellt fest, dass der Antrag kurz nach einem Treffen mit der Gemeinde Alveslohe gestellt wurde. Dabei wurde darüber informiert, dass Alveslohe den 3 Mitgliedern der Kinder- und Jugendvertretung für ihre 4 Sitzungen im Jahr eine Aufwandsentschädigung zahlen will. Dieses ist mit Henstedt-Ulzburg nicht vergleichbar. Sie weist darauf hin, dass die ehemals gezahlten 5,00 DM für Mitglieder der Gemeindevertretung, die an Ausschusssitzungen teilnahmen, zwischenzeitlich gestrichen wurden. Die Teilnahme erfolgt heute aus eigenem Interesse oder Engagement ohne Entschädigung.

Frau Honerlah berichtet, dass andere Kommunen schon lange Aufwandsentschädigungen für die Kinder- und Jugendvertretungen zahlen. Eine monatliche Pauschale hält sie nicht für sinnvoll und meint, dass über den Betrag ohnehin der Hauptausschuss beraten sollte. Sie findet eine Wertschätzung für die Arbeit der Kinder und Jugendlichen wichtig.

Frau Neumann stellt fest, dass auch in anderen Vereinen und Verbände ganz viel Arbeit ehrenamtlich und umsonst geleistet wird. Die Kinder und Jugendlichen haben sich in ein Ehrenamt wählen lassen. Dass diese dafür eine Anerkennung bekommen sollen, findet sie in Ordnung, hält aber 10 EUR je Sitzung nicht für passend. Alternativ könnte über ein Präsent o.ä. nachgedacht werden.



Frau Lessing ist es wichtig, dass bei einer Entscheidung in dieser Angelegenheit der Seniorenbeirat auch mit einbezogen wird.

Frau Marquis fasst zusammen, dass die Ausschussmitglieder sich überwiegend für eine Anerkennung der Arbeit der Kinder- und Jugendvertretung aussprechen. Über die Art und Höhe sollte der Hauptausschuss entscheiden. Der Antrag wird an diesen verwiesen.

Zu Punkt 12 der Tagesordnung:

Berichtswesen der Gemeinde

a) Sonderbericht zum Verfahren nach § 8a SGB VIII

b) Sonderbericht zum Volksbegehren für die Erhaltung der Realschule

Die beiden o.g. Berichte werden zur Kenntnis genommen.

Zu Punkt 13 der Tagesordnung:

Unterrichtungen / Anfragen

a) Hausaufgabenbetreuung an den Grundschulen Ulzburg und Rhen

Den Ausschussmitgliedern wurde eine Vorlage zur Unterrichtung übersandt, die Frau Riemer kurz erläutert. Der Ausschuss wird im Herbst unterrichtet, wie die Hausaufgabenbetreuung im neuen Schuljahr 2009/2010 angelaufen ist.

b) Einrichtung der Kita Schulstraße - hier: Krippe und Planung einer altersgemischten Nachmittagsgruppe im Kindergarten Am Wöddel

Für die Einrichtung der Krippe Schulstraße wurde eine Vorlage zur Unterrichtung übersandt. Frau Riemer informiert darüber, dass inzwischen eine Betriebserlaubnis des Kreises Segeberg für eine Krippengruppe mit 10 Kindern vorliegt. Die Vergabe der Krippenplätze in dieser Krippe und der Theodor-Storm-Straße jeweils ab 01.09.2009 ist Ende Juli geplant.

Außerdem trägt sie vor, dass für die 3-Tage-Nachmittagsgruppe im Kindergarten Am Wöddel aktuell die Nachfrage zum 01.09.2009 zu gering ist. Die Verwaltung schlägt vor zu prüfen, ob eine Umwandlung dieser Gruppe in eine altersgemischte 5-Tage-Nachmittagsgruppe möglich ist. Dann könnten dort 5 Kinder unter 3 Jahren und 10 Kinder über 3 Jahren gemeinsam betreut werden. Da der Gruppenraum vormittags von einer Kindergartengruppe mit Kindern von 3-6 Jahren belegt ist und keine Ausweichräume vorhanden sind, können nur Kinder ab dem vollendeten 2. Lebensjahr aufgenommen werden, da diese das vorhandene Mobiliar und Spielzeug nutzen können.

Der Ausschuss würde es begrüßen, wenn Bedarf für eine altersgemischte Gruppe ab 01.09.2009 vorhanden wäre. Die Einrichtung bzw. Umwandlung der Gruppe kann nach eine vorherigen Bedarfsabfrage erfolgen.

d) Kinderortsplan



Frau Riemer teilt mit, dass die Verwaltung vorschlägt, einen neuen Kinderortsplan aufzulegen. Frau Riemenschneider würde dieses Projekt gemeinsam mit Kinder- und Jugendvertretung im Rahmen der Kinder- und Jugendwoche bereits im September, d.h. vor Beschlussfassung über den 2. Nachtragshaushalt 2009, in Angriff nehmen.

Es liegt ein Angebot für 5.000 Exemplare, die u.a. an den Schulen für den Unterricht verwendet werden, über 5.000 EUR vor. 1.500 EUR könnten aus der Jugendstiftung finanziert werden, wenn die Kinder- und Jugendvertretung dieses Geld nicht für andere Projekte verwendet. Somit wären 3.500 EUR im 2. Nachtragshaushalt bereit zu stellen. Frau Riemer bittet um ein Meinungsbild.

Die Ausschusssmitglieder halten die Kosten mehrheitlich für zu hoch und bitten um Prüfung, ob andere Alternativen bestehen oder die Kosten reduziert werden können. Über die Bereitstellung der Mittel soll erst im Haushalt 2010 beraten werden, da eine kurzfristige Umsetzung der Maßnahme nach einer Entscheidung der Gemeindevertretung im Herbst 2009 nicht mehr möglich wäre.

d) Kooperationserzieherinnen für die Grundschulen

Die Kooperationserzieherinnen für die Grundschulen Henstedt (01.01.2009), Ulzburg (01.04.2009) und Ulzburg-Süd (01.09.2009) wurden eingestellt. Lediglich eine Kooperationserzieherin für die Grundschule Rhen konnte noch nicht gefunden werden. Eine Einstellung erfolgt voraussichtlich zum 01.02.2010.

e) Belegungen Mehrzweckraum und Turnhalle in der Grundschule Ulzburg-Süd

Der Mehrzweckraum in der Grundschule Ulzburg-Süd wird derzeit wie folgt genutzt:

vom Kinderhort montags und dienstags bis 15.00 Uhr
jeden 2. Dienstag vom Einwohnerverein Rhen 18.30 - 23.00 Uhr
ab Oktober dienstags durch Kreismusikschule 15.00 - 16.30 Uhr
sowie aufgrund von Einzelanträgen (z.B. Veranstaltung Seniorenbeirat)

Die Turnhalle wird derzeit - außer vom Kinderhort - ausschließlich vom SVHU wie folgt genutzt:

Montag

14.00 - 15.00 Uhr	Kinderhort
15.00 Uhr	Geräteturnen Mädchen
16.30 Uhr	Trampolin Kinder / Jugendliche ab September

Dienstag

14.00 - 15.00 Uhr	Kinderhort
16.00 Uhr + 17.00 Uhr	Psychomotorische Bewegung

Mittwoch

14.30 - 15.30 Uhr	Kinderhort
-------------------	------------

Donnerstag

14.00 - 16.00 Uhr	Kinderhort / VHS
17.00 Uhr	„Wilde Kerle“-Turnen
19.30 Uhr	Manpower



Freitag

14.30 Uhr

Trampolin Kinder / Jugendliche

19.30 Uhr

Basketball

gez. Annette Marquis
(Ausschussvorsitzende)

gez. Angela Klimpel
(Protokollführerin)